

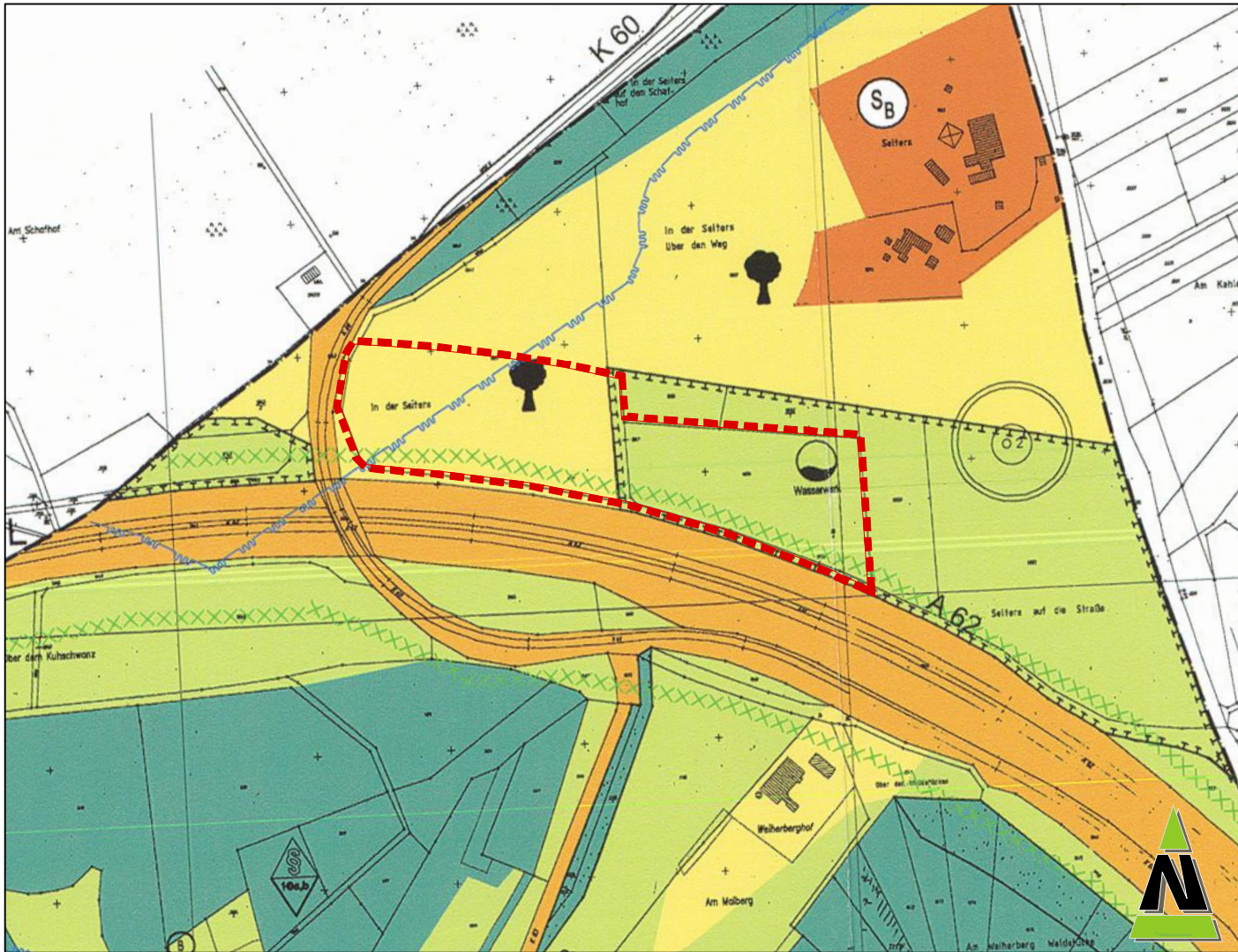
Flächennutzungsplanteiländerung im Bereich des Bebauungsplans "Solarpark Oberarnbach"

Verbandsgemeinde Landstuhl / Ortsgemeinde Oberarnbach

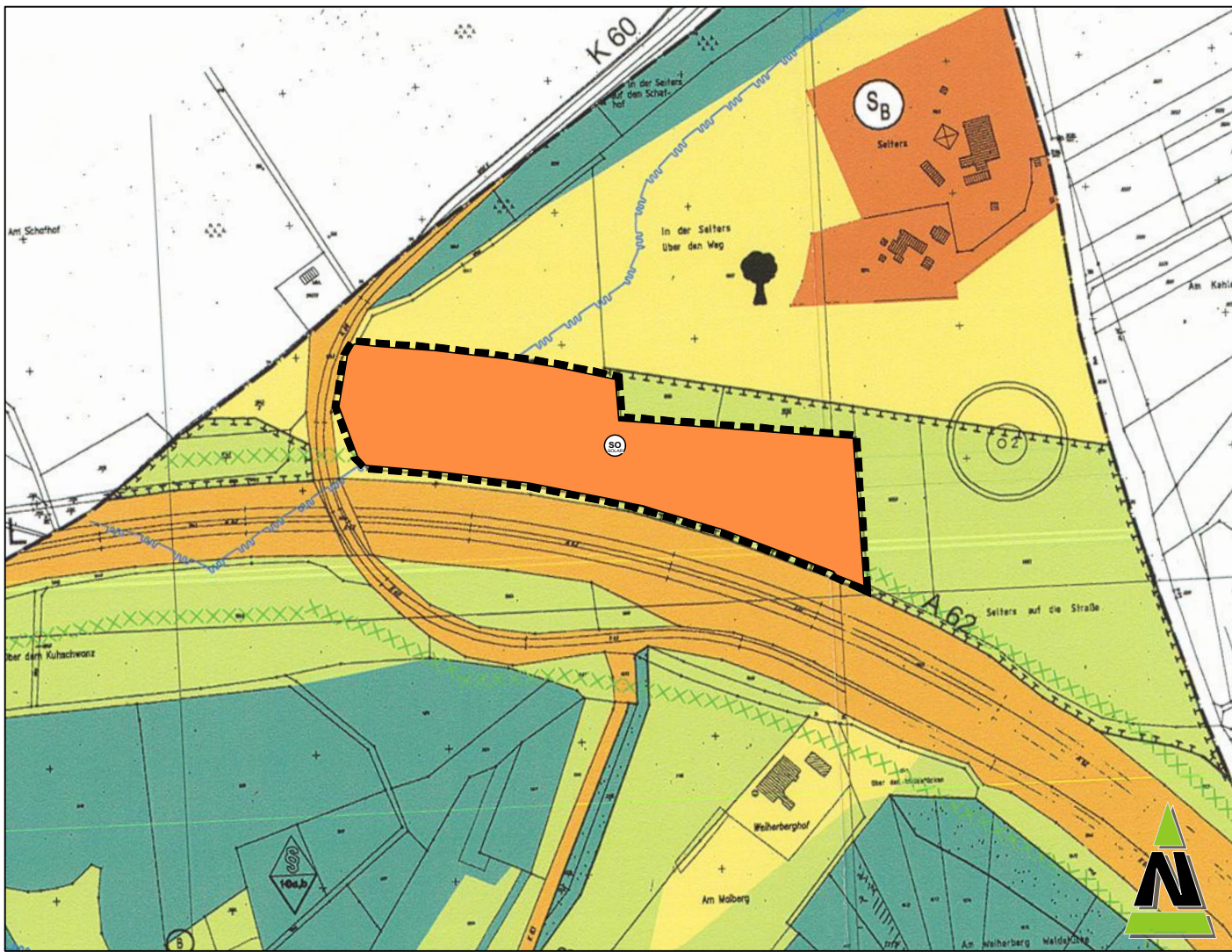


Planzeichnung

Bisherige Darstellung des Flächennutzungsplans



Teiländerung des Flächennutzungsplans



Planzeichenerläuterung

(nach BauGB in Verbindung mit BauNVO und PlanzV 1990)

Bisherige Darstellung des Flächennutzungsplans

- Flächen für die Landwirtschaft: überwiegend ackerbauliche Nutzung (§ 5 Abs. 2 Nr. 9 BauGB)
- Flächen für die Landwirtschaft: überwiegend Grünlandnutzung (§ 5 Abs. 2 Nr. 9 BauGB)
- Durchgrünung der Feldflur mit punktuellen/linienhaften Verbundelementen und kleinflächige Trittsteinbiotope
- Flächen für Massnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 5 Abs. 2 Nr.10 BauGB)
- Geeignete Flächen, vorrangige Flächen für Kompensationsmassnahmen
- Massnahme für Klimaschutz: Immissionsschutzpflanzungen
- Wasserschutzgebiet
- Wasserwerk
- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der Flächennutzungsplanteiländerung

Teiländerung des Flächennutzungsplans

- Sonstiges Sondergebiet, hier: Solarpark, Photovoltaikfreiflächenanlage (§ 5 Abs. 2 BauNVO)
- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der Flächennutzungsplanteiländerung

Gesetzliche Grundlagen

Bund:

Raumordnungsgesetz (ROG) vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 15 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808).

Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634)"

Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2014/52/EU im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenlebens in der Stadt vom 4. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057).

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung - PlanZV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 04.05.2017 (BGBl., I S.1057).

Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2771).

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30. Juni 2017 (BGBl. I S. 2193).

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2771).

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I.S.502), Artikel 2 Absatz 5 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808).

Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) Vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554), zuletzt geändert durch Artikel 102 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474).

Bundesfernstraßengesetz (FStrG) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206), zuletzt geändert durch Artikel 466 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474)

Land:

Landesbauordnung Rheinland - Pfalz (LBauO) in der Fassung vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.06.2015 (GVBl. S. 77)

Landesplanungsgesetz Rheinland - Pfalz (LPIG) in der Fassung vom 10.04.2003 (GVBl 2003, S.41) zuletzt geändert durch § 54 des Gesetzes vom 06.10.2015 (GVBl. S. 283, 295)

Landeswassergesetz -(LWG) In der Fassung vom 22. Januar 2004 (GVBl. S. 53) zuletzt geändert durch § 28 des Gesetzes vom 27.11.2015 (GVBl. S. 383)

Gemeindeordnung (GemO) für Rheinland-Pfalz in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.12.2015 (GVBl. S. 477)

Landesgesetz zur nachhaltigen Entwicklung von Natur und Landschaft (Landesnaturenschutzgesetz Rheinland Pfalz) vom 06. Oktober 2015

Landeswaldgesetz vom 30.11.2000 (GVBl 2000,S. 504) zuletzt geändert durch § 8 des Gesetzes vom 22.12.2015 (GVBl. S. 516)

Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplans

Der Rat der Verbandsgemeinde Landstuhl hat am 09.02.2017 die Teiländerung des wirksamen Flächennutzungsplans im Bereich des Bebauungsplans "Solarpark Oberarnbach" beschlossen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).

Der Beschluss über die Flächennutzungsplanänderung wurde am 01.03.2017 ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).

Landstuhl, den

(Der Bürgermeister)

Beteiligungsverfahren

Der Rat der Verbandsgemeinde Landstuhl hat in seiner Sitzung am 09.02.2017 den Entwurf der Flächennutzungsplanteiländerung angenommen und für das frühzeitige Beteiligungsverfahren bestimmt.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde vom 06.03.2017 bis zum 07.04.2017 durchgeführt (§ 3 Abs.1 BauGB).

Die Bekanntmachung der frühzeitigen beteiligung der Öffentlichkeit erfolgte am 01.03.2017

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich Belange der Umweltprüfung berühren kann, wurden mit Schreiben vom 28.02.2017 von der Planung unterrichtet und zur Äußerung im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB bis einschließlich zum 07.04.2017 aufgefordert.

Der Rat der Verbandsgemeinde Landstuhl hat in seiner Sitzung am 23.11.2017 den Entwurf der Flächennutzungsplanteiländerung mit Begründung angenommen und zur Auslegung bestimmt.

Der Entwurf der Teiländerung des wirksamen Flächennutzungsplans im Bereich des Bebauungsplans "Solarpark Oberarnbach", bestehend aus der Planzeichnung und der Begründung sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen, haben in der Zeit vom 21.12.2017 bis einschließlich 31.01.2018 öffentlich ausgelegen (§ 3 Abs. 2 BauGB)

Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, wurden mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung unberücksichtigt bleiben können, am 13.12.2017 ortsüblich bekanntgemacht (§ 3 Abs. 2 BauGB).

Die betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden wurden gem. § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m § 2 Abs. 2 BauGB parallel zur öffentlichen Auslegung mit Schreiben vom 13.12.2017 an der Teiländerung des wirksamen Flächennutzungsplans im Bereich des Bebauungsplans "Solarpark Oberarnbach", beteiligt.

Im Anschreiben wurde auf die parallel stattfindende Auslegung hingewiesen.

Die vorgebrachten Anregungen wurden vom Rat der Verbandsgemeinde Landstuhl am geprüft und in die Abwägung eingestellt.

Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen vorgebracht haben, mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).

Abschließender Beschluss

Der Rat der Verbandsgemeinde Landstuhl hat am die Teiländerung des wirksamen Flächennutzungsplans im Bereich des Bebauungsplans "Solarpark Oberarnbach" beschlossen.

Landstuhl, den

(Der Bürgermeister)

Genehmigung

Die Teiländerung des wirksamen Flächennutzungsplans im Bereich des Bebauungsplans "Solarpark Oberarnbach" wurde gem.§ 6 Abs. 1 BauGB durch die Kreisverwaltung Kaiserslautern genehmigt.

Az.:

Kreisverwaltung Kaiserslautern

Bekanntmachung

Die Erteilung der Genehmigung der Flächennutzungsplanänderung durch die höhere Verwaltungsbehörde vertreten durch die Kreisverwaltung Kaiserslautern als untere Genehmigungsbehörde vom ist am bekanntgemacht worden, mit dem Hinweis auf Ort und Zeit der öffentlichen Einsehbarkeit des Flächennutzungsplans.

Mit der Bekanntmachung ist die Flächennutzungsplanteiländerung wirksam.

Landstuhl, den

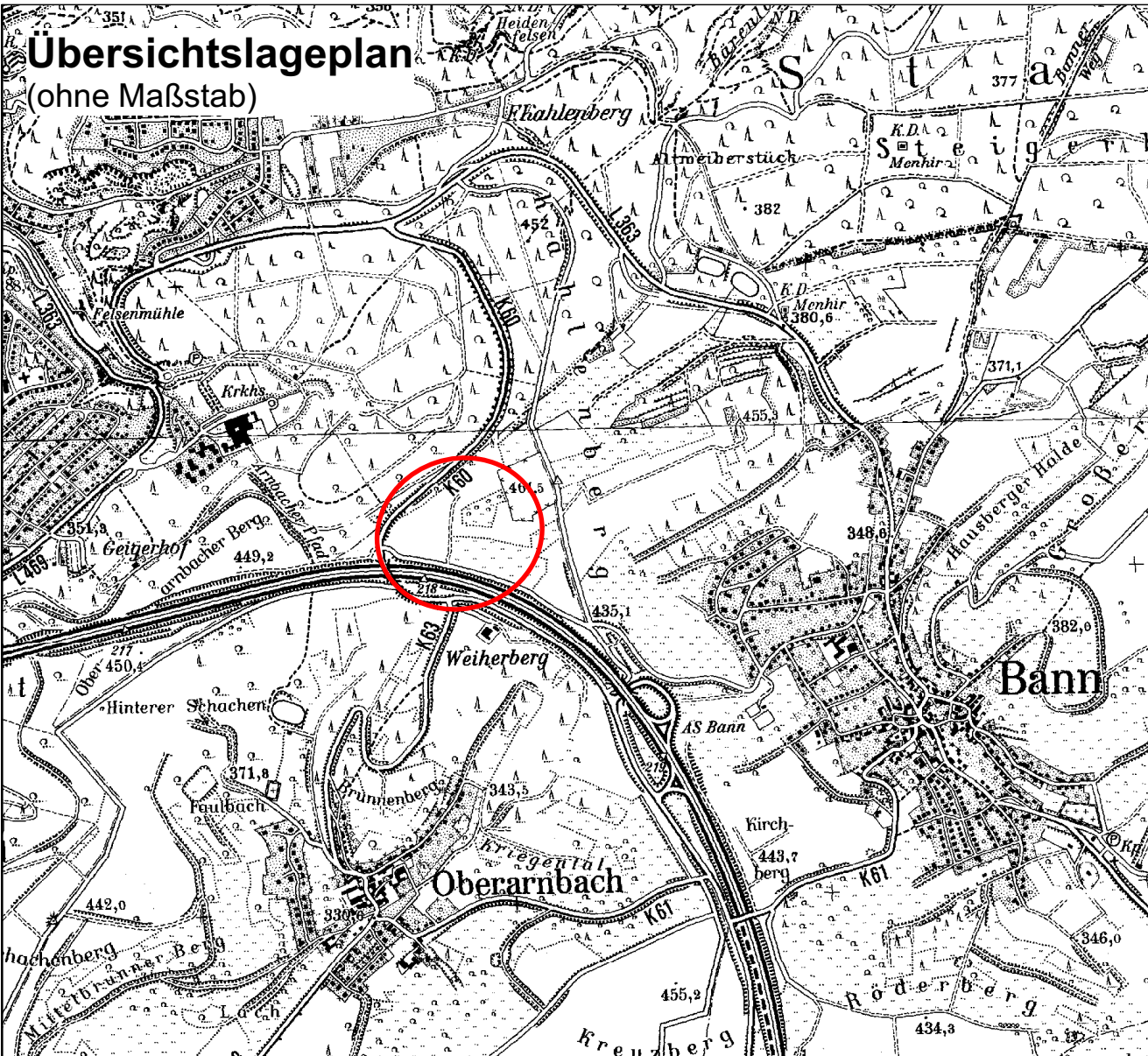
(Der Bürgermeister)

Ausfertigung

Die Teiländerung des wirksamen Flächennutzungsplans im Bereich des Bebauungsplans "Solarpark Oberarnbach" wird hiermit ausfertigt.

Landstuhl, den

(Der Bürgermeister)



Maßstab	Projektbezeichnung	Planformat
1 : 5 000	OAB-BP-SOLAR-16-058	590 x 700 mm

Verfahrensstand	Datum	Bearbeitung
Abschließender Beschluss	06.04.2018	Dipl.-Geogr. Th. Eisenhut

Verbandsgemeinde Landstuhl / Ortsgemeinde Oberarnbach
Flächennutzungsplanteiländerung im Bereich des Bebauungsplan "Solarpark Oberarnbach"